

10 |

20 |

30 |

40 |

50 |

60 |

## Mitteilung für die Presse

Im Anschluß an die konstituierende Sitzung der Kommission Rechts- und Innenpolitik gab **Gerhard Schröder**, der Vorsitzende dieser Kommission und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, dem Bonner Korrespondenten des RIAS, Helmut Hohrmann, für die Sendung "Zeitgeschehen" das folgende Interview:

Frage: Die Luft ist rechtspolitisch rauher geworden, seitdem sich auf dem rechten Parteienspektrum mit den Republikanern und den Nationaldemokraten etwas bewegt. Was bedeutet das für ihre Arbeit als Sozialdemokraten. Können sie dagegen einen Kurs liberaler fortschrittlicher Rechtspolitik setzen mit Aussicht, bei der Bevölkerung verstanden zu werden?

Antwort: Wir können nicht nur, wir müssen, weil es um die Behauptung einer politischen Kultur geht, in der sich Liberalität wirklich entfalten kann. Wir haben in der Kommission Rechts- und Innenpolitik einige Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Wir wollen uns insbesondere kümmern um Fragen des Ausbaus der Demokratie, z.B. wie können wir den Bürgerinnen und Bürgern im Lande mehr Teilhaberechte an den politischen Entscheidungen sichern. Es ist sinnvoll, so etwas wie Volksbefragung und Volksentscheid als Instrumente für die Menschen im Grundgesetz zu verankern. Und es geht - das ist der zweite Arbeitsschwerpunkt - darum, daß das Asylrecht gesichert wird, gleichwohl aber die Menschen, die zu uns kommen und nicht berechtigt sind, sich als Asylbewerber hier aufzuhalten, das Land in zumutbarer Zeit auch wieder verlassen. In dem Zusammenhang werden wir uns auch um die Frage kümmern müssen, wie wir vermeiden, daß angesichts des Zustroms von Aussiedlern Kämpfe im letzten Drittel der Gesellschaft stattfinden, Kämpfe zwischen den Menschen, die hier wohnen und denen, die neu kommen, um Arbeitsplätze, die es zu wenig gibt, um Wohnungsversorgung, die es zu wenig